

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 4

Artikel: Die SU nicht bestrafen
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093252>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Sager vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg

Die SU nicht bestrafen

In Strassburg leitet Dr. Peter Sager, als schweizerischer Nationalrat ein Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, dessen Kommission für die Beziehungen zu den europäischen Nicht-Mitgliedstaaten, was praktisch einer Osteuropa-Kommission gleichkommt. Hier bringen wir die Rede, die er am 31. Januar vor dem Strassburger Parlament gehalten hat.

In wenigen Wochen werde ich als Mitglied der Kommission für die Beziehungen zu den europäischen Nicht-Mitgliedstaaten ausscheiden. Deshalb möchte ich hier meine persönliche Haltung hinsichtlich der sehr schwerwiegenden Ereignisse im Baltikum darlegen.

Zeit meines Lebens habe ich mich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln für die Unabhängigkeit der baltischen Staaten eingesetzt. Ich tue das in Würdigung des begründeten völkerrechtlichen Anspruchs dieser Republiken auch weiterhin.

Indes: Völkerrechtliche Ansprüche können bekanntlich nicht durchgesetzt werden, solange die Vereinten Nationen nicht über eigene Polizeikräfte verfügen. Daher müssen auch die spezifischen Machtbeziehungen immer berücksichtigt werden.

In dieser Nummer

«Das Verbrechen eines Regimes»	4
Protest Moskauer Publizisten	
Vorstoss gegen die Pressefreiheit	6
Wörtliches vom Obersten Sowjet	
Vom Initiator zum Totengräber	8
Ein Sowjetgeneral über Gorbatschow	
Vom Kreml zur MPLA	10
Kurskorrektur in Angola	
Golfkrieg und Bonner Versagen	11
Für uns, aber ohne uns	
Kommen die ABC-Waffen?	13
Chemiekrieg droht ernstlich	
Jeanne Hersch über Elisabeth Kopp	15

Indem nach der Unabhängigkeitserklärung Litauens vom 11. März 1990 konkrete Massnahmen ergriffen wurden – Verbot des Exports von Nahrungsmitteln nach der Union, Zollbeschränkungen im Warenverkehr, Verbot der Dienstleistung in der Roten Armee –, war eine unheilvolle Entwicklung eingeleitet. Es ist eine historische Tragik, dass diese Entwicklung nicht verhindert worden ist.

Im Ergebnis hat Moskau geglaubt, militärisch intervenieren zu müssen. Man kann dafür Verständnis aufbringen oder nicht, in jedem Fall ist tief zu bedauern, dass es Tote gegeben hat und dass Menschenrechte verletzt worden sind.

Die Reformbewegung ist nun empfindlich geschwächt. Das hat vielfältige Auswirkungen, nicht zuletzt auf Zentraleuropa, wo die Angst vor einem sowjetischen Rückfall gewachsen ist.

Mit dem Bedauern über die Ungeduld einiger Kreise müssen wir den Protest gegen die erfolgten Menschenrechtsverletzungen verbinden.

Dies gesagt, sollten wir jetzt den Blick auf die Zukunft richten. Zu den neuen und grossen Aufgaben, die dem Europarat aus den tiefgreifenden Veränderungen von Zentral- und Osteuropa erwachsen, gesellt sich die Sorge um die Entwicklungen in zwei Föderationen: der Sowjetunion. Das sind Pulverkessel, die keine Funken mehr ertragen. Wenn sie explodieren, könnte die Zukunft Europas sehr wohl aufs Spiel gesetzt werden.

Die Parlamentarische Versammlung hat ein Institut für Demokratie gegründet, das wichtige Arbeit zu leisten hätte: Es sollte Unterlagen und Materialien auch zu Fragen des Föderalismus, des Konföderalismus und des Minderheitenschutzes bereitstellen; es sollte Seminare über diese Probleme organisieren können. Aber leider ist selbst das bescheidene Budget dieses Instituts nicht gesichert. Es gibt Länder, die keinen Beitrag leisten, und solche, die es bei einem Almosen von jährlich 200 Dollar bewenden lassen. Wer sind wir, die wir in unseren nationalen Parlamenten den Finanzminister nicht herausfordern, aber hier dann grosse Worte verschwenden?

Wir sollten jetzt Strukturen bereitstellen, um die guten Dienste des Europarates glaubwürdig anzubieten. Um auf dieser Ebene Wirksamkeit zu erzielen, genügen weder das moralische Gewicht des Europarates noch der gute Wille. Da ist Fingerspitzengefühl gefragt und Sachkenntnis Bedingung, mithin Ausbildung nötig.

Gewiss, alle diese Anstrengungen kosten Geld, und jeder Finanzminister weist auf seine leeren Taschen. Allein, die Alternative wird unendlich viel mehr Geld und unendlich viel mehr Opfer kosten.

Die Versammlung hat eine dringliche Debatte abgelehnt über die Probleme, die uns jetzt beschäftigen, in deren Rahmen wir einen ausgewogenen Text hätten verabschieden können. Ich hätte mir erhofft, dass in einem solchen Text nicht nur Fehler und Verfehlungen kritisiert worden wären, sondern dass der Europarat auch die Balten und die sowjetische Unionsregierung aufgerufen hätte, die Emotionen zu dämmen, sich an den gleichen Tisch zu setzen, den Dialog aufzunehmen und fortzusetzen, um nach vernünftigen und gangbaren Wegen zur Lösung des Konflikts zu suchen und zu finden. Dieser Text hätte auch eine klare Warnung an die Adresse der Dogmatiker und Ideologen enthalten sollen, dass sie scheitern müssten und würden, wenn sie die Rückkehr zum Totalitarismus einleiten möchten. Wir hätten ihnen vor Augen führen können, dass im 21. Jahrhundert eine totalitäre Diktatur kaum noch Bestand haben wird und dass nationale Grenzen an Bedeutung verlieren werden. Es hätte uns gut angestanden, in einem solchen Text die sowjetischen Reformer – wo immer sie sich heute befinden – unserer Unterstützung zu versichern.

Es gibt – wir dürfen das nicht verniedlichen – hoffnungsvolle Anzeichen. Gestern hat der sowjetische Präsident dem amerikanischen Präsidenten gegenüber die Zusicherung abgegeben, dass Truppen aus dem Baltikum abgezogen werden. Präsident Bush hat die Haltung der Vereinigten Staaten in einer kurzen Formel zusammengefasst, die auch für uns wegleitend sein sollte. Er hat gesagt: We want to support the baltic republics, but we don't want to punish the Soviet Union. ■